

Grundsatzbeschluss der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Rat der Stadt Hannover zum Ausbau von Grundschulen zu Ganztagsgrundschulen

1. Die Betreuung von Schulkindern im Grundschulalter wird durch den Ausbau von Grundschulen zu Ganztagsgrundschulen im Rahmen eines Stufenprogramms massiv ausgebaut. Bis zum Schuljahr 2012/2013 sollen durch Einrichtung von 21 Ganztagsgrundschulen mindestens 1.000 zusätzliche Betreuungsplätze geschaffen werden. Der Aufbau von Ganztagsgrundschulen soll das bestehende Angebot von Hortplätzen nicht ersetzen sondern ergänzen. Damit schaffen wir ein bedarfsgerechtes Angebot im Bereich der Schulkinderbetreuung.
2. Die Rot – Grüne Koalition in Hannover investiert viel in ein aus unserer Sicht bildungspolitisch und familienpolitisch wichtiges Konzept von Ganztagsgrundschule. Das Hannover-Modell steht auf drei Säulen. Es beruht auf Zuverlässigkeit, pädagogischer Qualität und einem am Bedarf orientierten attraktiven Angebot, mit Blick auf Kinder, Eltern und die Rahmenbedingungen und Bedarfe im Stadtteil. Entsprechend wird ein verlässliches Betreuungs- und Bildungsangebot von 7 Uhr bis 17 Uhr und in den Ferien gewährleistet. Die Betreuungs- und Bildungsangebote erfolgen mit qualifizierten Kräften. Die Ganztagsgrundschule versteht sich als Schule im Stadtteil, das Konzept basiert auf Kooperation zwischen der Schule und außerschulischen Trägern der Jugendarbeit. Pro Ganztagsgrundschule werden 50 Betreuungsplätze angestrebt.
3. Der Ausbau von Grundschulen zu Ganztagsgrundschulen soll sowohl so zügig und als auch so vorsichtig vor sich gehen, wie möglich. Die Veränderungen in den Schulen werden Veränderungen in der Infrastruktur für Kinder im Stadtteil nach sich ziehen. Die Auswirkungen auf Horte wie auch auf offene Angebote für Kinder im Einzugsgebiet und die gemeinsamen Veränderungspotentiale sind zu prüfen und behutsam zu gestalten. Die Politik wird diesen Prozess eng begleiten. Die jeweiligen Konzepte der neuen Ganztagsgrundschulen werden wir insbesondere in Bezug auf die pädagogische Qualität und auf die Verträglichkeit der bestehenden Einrichtungen im Einzugsgebiet hin überprüfen und beschließen.
4. Der Ausbau der Grundschulen zu Ganztagsgrundschulen kann für das Haushaltsjahr 2010 aus den bestehenden Haushaltsansätzen (u.a. rund 640.000 Euro für „Schulen im Stadtteil“) im Schuletat finanziert werden. Ab dem Haushaltsjahr 2011 werden die Mittel im Schuletat bedarfsgerecht um bis zu 1 Mio. Euro p.a. aufgestockt. Qualität kostet Geld! Daher wird pro Schule von einem Finanzbedarf von 120.000 Euro ausgegangen. 70.000 Euro werden von der Stadt zur Verfügung gestellt. Der Rest wird als Landesförderung erwartet.
5. Für bauliche Maßnahmen (z.B. für Mensen) werden im Rahmen des Wirtschaftsplans Gebäudemanagement in diesem Zeitraum rund 6,3 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.
6. Die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen begrüßen daher das von der Verwaltung vorgelegte Konzept gemäß Drucksache 2177/2009 mit den von Rot-Grün vorgenommenen Änderungen.
7. Die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen stellen fest, dass das hannoversche Konzept der Ganztagsgrundschule deutlich über das offene Ganztagsgrundschulkonzept der Landesregierung hinausgeht, weil das Konzept der Landesregierung keine pädagogische Begleitung, keine durchgehende Nachmittagsbetreuung mit qualitativen Bildungs- und Fachangeboten und keine

Ferienbetreuung vorsieht.

8. Die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen bedauern, dass das Konzept einer gebundenen Ganztagsschule, das einen rhythmisierten Vormittags- und Nachmittagsunterricht sowie Freizeitphasen vorsieht, von der Landesregierung weiterhin nicht gewollt ist und daher auch in Hannover nicht umsetzbar ist. Die SPD und Bündnis 90 / Die Grünen bekräftigen, dass sie weiterhin das Konzept einer gebundenen Ganztagsschule mit Ferienbetreuung favorisiert und dessen landesweite Einführung fordert.
9. Im Rahmen des neuen Ganztagschulkonzepts soll auch die Inklusion, also die gemeinsame Beschulung von Kindern mit und ohne Beeinträchtigungen, ermöglicht werden. Eine modellhafte Erprobung könnte im Geltungsbereich des „Regionalen Integrationskonzepts Nord-West“ gestartet werden. Für eine erfolgreiche Umsetzung des Modellvorhabens Inklusion erwarten wir vom Land zügig verlässliche Aussagen zur Lehrerversorgung und allen konzeptionellen Fragen.